

Verantwortlicher: Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden N. 10, Kolbenstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Verbandspreis: Vierteljährlich 24 M., monatlich 10 M., wöchentlich 4 M. bei Conto. Einzelnummer 50 Pf.

Anzeigenpreis: Aufnahme von Werbeanzeigen bis 10 Uhr von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.

Vertagung der Londoner Konferenz

London, 22. Dezember. Briand und Lloyd George kamen heute vormittag nochmals zusammen, um eine amtliche Mitteilung mit etwa folgender Anknüpfung zu formulieren: Die Besprechungen der Premierminister von England und Frankreich haben eine befriedigende Grund- lage für weitere Erörterungen gebracht.

Wieder verhandelt, daß Deutschland, wenn die Ver- tragungen von Gannex einen befriedigenden Ausgang nehmen, noch nachträglich zur Entsendung eines Vertreters nach Gannex aufgefordert werden soll.

Nach dem Daily Telegraph ist die Unterbrechung der Londoner Besprechungen diesmal erfolgt, weil positive Er- gebnisse vorläufig nicht zu erzielen waren.

Tagebuch meldet der Sonderberichterstatter der Agentur Havas aus London: Eine Annäherung des französischen und des englischen Standpunktes über die verschiedenen Fragen ist erfolgt.

Die zu erwartenden Ergebnisse

Paris, 22. Dez. Nach einer Mitteilung des „Tribune“ sind von den gegenwärtigen Londoner Besprechungen folgende Ergebnisse zu erwarten:

- 1. Eine politische Annäherung zwischen England und Frank- reich, die die Gewissheit bietet, daß Berlin künftig nicht in der Lage sein werde, eines der Länder gegen das andere aus- zuspielen.
2. Eine Verständigung über eine Organisation finanzieller Maßnahmen, die es Deutschland ermöglichen sollte, während des Jahres 1922 diejenigen Barzahlungen zu leisten, die not- wendig sind, um die belgische Priorität zu tilgen und die dringlichsten Bedürfnisse Frankreichs zu befriedigen.
3. Der Beschluß, daß der Oberste Rat zu Anfang Januar zusammentreten werde. Er soll sich mit der Frage der dringlichen Zahlungen nach dem Jahre 1922, dem Problem der Stabili- sierung der Wechselkurse aller Länder, und dem Projekt einer großen internationalen Anleihe, die es Deutschland ermöglichen soll, seinen Verpflichtungen in der nächsten Zeit nach- zukommen, befassen.
4. Ein Abkommen über die Durchführung des Lou- vreau-Kathenau-Vertrages und der Absicht ähn- licher Abmachungen zwischen Deutschland und England. Man hält das für einen Beweis, daß England seine Absicht, auf seinen Anteil an den Reparationen zu verzichten, aufzugeben habe.

Die Schlußberatungen

London, 22. Dez. Briand begann sich um 11 Uhr nach der Downingstreet zu einer letzten Besprechung mit Lloyd George. Die beiden Ministerpräsidenten prüften die Vorschläge der Sach- verständigen über die nächsten von Deutschland zu fordernden Zahlungen.

Paris, 22. Dez. Die Aence Havas meldet: Die letzte An- terredung zwischen Briand und Lloyd George, an der Loucheur, Verhelst und die französischen und britischen Sachverständigen teilnahmen, endete halb 1 Uhr nachmittags. Die beiden Ministerpräsidenten verständigten sich über alle Punkte. Da sie jedoch in Abwesenheit der anderen Ministerräten keinen Beschluß fassen können, werden die endgültigen Entschlüsse vom nächsten Obersten Rat, an dem Briand und Lloyd George teilnehmen werden, in engem Einklangem getroffen werden. Briand verkehrte der Presse seine lebhafteste Genaugung über das erzielte Einvernehmen.

Zwei wichtige Ergebnisse wurden in London erzielt: Das erste, das praktischer und materieller Natur ist, besteht in der Einberufung des Obersten Rates und der Berücksich- tigung der gemeinsamen Auffassung der Fragen, die von der Ver- sammlung behandelt werden sollen. Das zweite ist politischer Natur und hat vielleicht noch größeren Wert. Es bedeutet eine engere Zusammenarbeit der Entente, eine wichtigere Grundtendenz für den Erfolg der nächsten Tagung in Gannex und für die künftigen Maßnahmen von anderer Seite.

Paris, 22. Dez. In einer Londoner Mitteilung der Agen- tur Havas wird berichtet: Bei Beendigung der letzten Bespre- chung zwischen Lloyd George und Briand wurde der Presse eine

Mitteilung übermittelt, in der gesagt wird: Die französische und die britische Regierung sind in allen Punkten sehr befriedigt. Auch die wirtschaftliche Lage Europas wurde sorgfältig geprüft und die Möglichkeit eines Wiederauf- baues besprochen. Man ist darüber vollkommen einig, daß die Mächte, die am besten fundiert sind, die Initiative für eine Wiederaufbauarbeit erheben müssen.

wurde sorgfältig geprüft und die Möglichkeit eines Wiederauf- baues besprochen. Man ist darüber vollkommen einig, daß die Mächte, die am besten fundiert sind, die Initiative für eine Wiederaufbauarbeit erheben müssen. Die französischen Interessen werden in ähnlichen Unterredungen in Paris besprochen werden. Im Laufe der nächsten Woche sollen die Ver- treter der beiden Regierungen die finanzielle Lage besprechen. Die Ergebnisse dieser Besprechungen werden bei der Kon- ferenz in Gannex mitgeteilt werden. Die Vorschläge, die in Gannex von beiden Regierungen vorgelegt werden, umfassen auch den Vorschlag der Einberufung einer europä- ischen Wirtschaftskonferenz, die darauf hinarbeiten sollte, daß die europäischen Nationen ihr Wirtschaftsleben wieder herstellen könnten.

Enttäuschung in London

Paris, 22. Dezember. Nach dem Londoner Korrespondenten des „Temp“ haben die französischen und die englischen Sach- verständigen sich über eine gewisse Anzahl wichtiger Punkte ge- einigt, die zur Grundlage des Programms der nächsten Sitzungen des Obersten Rates gemacht werden sollen. Diese allgemeinen Grundzüge könnten indessen nicht eigentlich als Beschlüsse ange- sehen werden, da unter den Sachverständigen gewisse Mei- nungsverschiedenheiten bestanden, es liegt aber kein Anlaß vor, deshalb zu erwarten, daß die Unterhandlungen von Downingstreet gescheitert sind und die französische Standpunkt mit der englischen Auffassung unvereinbar sei. Doch legt die eng- lische Regierungssprecherin eine gewisse Enttäuschung an den Tag. Man hätte eine ziemlich rasche Verständigung über die Reparationsfrage im allgemeinen und über das waffenlose Pro- blem der Wiederherstellung Europas, auf die Lloyd George öfter- mahls großen Wert lege, erhofft. Von englischer Seite würden schon jetzt die beiden Hauptgrundsätze für die Verhandlungen von Gannex festgelegt werden: 1. Keine Teil- regelung, alles muß im Zusammenhang behandelt werden; 2. Wiederherstellung des englisch-französischen Einvernehmens, keine besonderen Klagen mehr. Nach dem Vertreter des „Temp“ wäre ein Memorandum für Deutsch- land unvorstellbar. Entsgegen den Berichten anderer Blätter behauptet das Blatt, Deutschland werde aufgefordert werden, seinen Verpflichtungen am 15. Januar und am 15. Februar nachzukommen, während die übrigen im Jahre 1922 fälligen Zahlungen zum Gegenstand von Beschlüssen des Obersten Rates gemacht werden müßten. Das Garantiekomitee werde mit neuen Vollmachten ausgestattet werden. Ueber die Ausdeh- nung dieser Vollmachten bestanden jedoch Meinungsverschieden- heiten. Die Franzosen verlangten eine viel strengere Kontrolle, als England ins Auge faßen wollte.

Der englische Bericht

London, 22. Dez. Weiter erzählt von maßgebender Seite, daß die britische und die französische Regierung ein sehr befriedigendes Einverständnis über alle Punkte erzielt hätten. Die Verhandlungen seien nun vorbereitet und zu einem Erfolg gewesen, und alles sei noch bis zum Zusamen- tritt des Obersten Rates ganz vorläufiger Art. Neben der unmittelbaren Frage der Reparationen habe die Konferenz in der Downingstreet die wirtschaftliche Lage Europas sowie die Möglich- keit der Wiederaufbauarbeiten eingehend erörtert. Es habe vollkom- menes Einverständnis darüber bestanden, daß die künftigen Mächte beim Wiederaufbau die Achtung übernehmenden. Ver- treter der britischen Industrie und Finanz werden morgen mit Lloyd George und seinen Kollegen über die näheren Einzelheiten der Vorschläge beraten, mit denen sich die Unterredung befaßt hat. Die französische Regierung wird aber auch die Zusammenarbeit mit Geschäft- und Finanzkreisen in Paris abwarten. Nächste Woche werden Vertreter beider Län- der gemeinsame Beratungen in Paris pflegen, bei denen wahrscheinlich einige Minister Englands und Frankreichs zugegen sein werden. Das britische Kabinett wird vielleicht durch mehr als einen Minister vertreten sein. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird auf der bevorstehenden Konferenz von Gannex geprüft werden. Es sei wahrscheinlich, daß die Vorschläge der beiden Regierungen, die in Gannex unterbreitet werden, auch die Einberufung einer allgemeinen europäischen Wirtschaftskonferenz unter Teilnahme der Neutonsen vorsehen, um den euro- päischen Nationen zu ermöglichen, beim Wiederaufbau ihres Wirtschaftslebens und allgemein bei der Wiederherstellung der Wohlfaht ihrer Völker mitzuwirken. Die Allierten werden ent- scheiden welche Nationen auf dieser Konferenz vertreten sein sollen. Was die Reparationsfrage betrifft, so hätten keinerlei ernstliche Meinungsverschiedenheiten bestanden.

europäischen Wirtschaftskonferenz

unter Teilnahme der Neutonsen vorsehen, um den euro- päischen Nationen zu ermöglichen, beim Wiederaufbau ihres Wirtschaftslebens und allgemein bei der Wiederherstellung der Wohlfaht ihrer Völker mitzuwirken. Die Allierten werden ent- scheiden welche Nationen auf dieser Konferenz vertreten sein sollen. Was die Reparationsfrage betrifft, so hätten keinerlei ernstliche Meinungsverschiedenheiten bestanden.

London, 22. Dez. Ein Sonderberichterstatter des „Man- chester Guardian“ nennt die Konferenz zwischen Lloyd George und Briand einen Meinungsäußerungsakt zwischen einem gescheiterten und einem freien Mann. Briand sei mit dem schweren Gewicht der französischen Meinung belastet und habe deshalb nicht gewagt, bedingungslos dem Plane Lloyd Georges zuzustimmen. In einem Leitartikel schreibt „Manchester Guardian“, Briands Absicht nach Paris sei ein schlüssiges Zeichen. Das Londoner Kabinett hätte keine Festhaltung haben, aber bevor es zusammentreffe, habe es dazu geben, den Schein einer Einigkeit unter den Alliierten aufrechtzuerhalten. Dies sei jetzt nicht mehr möglich, und die Notwendigkeit, etwas Besseres zu finden als nur einen Repara- tionsplan auf Papier, habe die Erwägung anderer noch wich- tigere Fragen mit sich gebracht, mit denen das gesamte Repara- tionsproblem verbunden sei.

Schuld und Sühne

Den Reichsgerichtssaal zu Leipzig, der in diesen Tagen einen Prozeß von politisch geschichtlicher Bedeutung erlebte, haben nach Beendigung des gerichtlichen Nachspieles drei Schuldige verlassen. Denn wenn auch nur einer von jenen drei Angeklag- ten, der ehemals königliche Polizeipräsident von Berlin und schließlich gescheiterte Kapp-Minister, Herr von Jagow, die Sühne für die Schuld auf sich nehmen muß, so sind auch jene beiden anderen Männer, deren Namen im Mittelbunde des Weimarer Prozesses standen, Waagmeister und Schiele, von der Schuld nicht freigesprochen worden; nur der Grad ihrer Teilnahme hat eine andere Verteilung gefunden. Der Begriff der Nicht-Rück- sichtslosigkeit hat sie vor einer Strafe bewahrt, die an sich verdient gewesen wäre, wenn das Kabinettgeschehen nicht zu Hilfe kam. Von der Auflage des Hochvertrages sind auch sie nicht frei. Damit tragen sie die moralische Schuld unauflöslich an sich — rechtlich belastet. Das Verfahren gegen sie ist nur eingeleitet worden, da sie nach Ansicht des Reichsgerichtes nicht als Täter anzusehen sind. Das ist der Urteilsspruches Sinn.

Mit ihm zugleich hat in der Begründung zwei Tatsachen von entscheidender Bedeutung festgelegt: die erste, die als geschicht- liches Dokument gelten darf, daß das Unternehmen Kapps und Pöhlert's den vollen und totalen Charakter eines hochverrätherischen Unter- nehmens gemäß Paragraph 81 Absatz 2 des Strafgesetzbuches be- hielten und daß beide Führer im bewußten Zusammenwirken die Verfassung des Deutschen Reiches gewalttätig haben ändern wollen. Die Feststellung dieser wacklernden Tatsache aus dem Munde der höchsten richterlichen Instanz Deutschlands ist umso wert- voller, als vor allem der Hauptangeklagte Herr von Jagow in juristischer Hinsicht immer wieder den Versuch machte, die Ereignisse des Kappzuges auf die legale Bahn zu schieben und als Unternehmung zur Erlangung der Weimarer Verfassung anzu- sehen. Diese Selbstentlastung ist ihm nicht gelungen. Im Gegenteil — dieses Verfahren der Angeklagten war nur umso mehr geeignet, die ganze Anklage dieser Teilnehmer zu ent- hüllen und bloßzustellen. Mit Recht hat der Oberrechtsanwalt in seiner Aufzählung davon gesprochen, daß es noch ein unum- gekehrtes Argument gäbe, wenn einer von denen, die jetzt vor dem Reichsgericht stehen, den Mut gefunden hätte, zu ihrer Tat sich zu bekennen. Wahrscheinlich, daß auch die deutsche Volk- — und unter ihm auch diejenigen, die ihre Augen bisher verschlossen hielten — leben, wie dies „abentuerlichen Leiden“ sich unter dem Augen Zwangsbefehl des Richters zu leidenschaft- lichen Fundamenten entspannen, die glauben, den deutschen Volk eine Demagogie aufzuführen zu können. An dem letzten Willen dieses Volkes sind sie gescheitert, noch mehr aber an ihrer Unfähigkeit, die sie dem Volke der Welt ansteht. Vermirrung und Ohnmacht, das waren die beiden Konsequenzen ihrer „Tages- Regierung“. Denn zum Rezipieren ist es nicht einmal gekommen.

Aber noch eine andere Tatsache enthält die Urteilsergrün- dung, die von nicht geringerer Bedeutung ist. Das Reichsgericht stellt fest, daß entgegen der Behauptung der Verteidigung das Strafgesetzbuch zum Schutze der Rechtsgüter und -beziehungen in ihrem jetzigen Stande herauf zu sein und daß die jetzige Ver- fassung vom 11. August 1919 strafrechtlichen Schutz gewähre. Der Paragraph 81 des Strafgesetzbuches also nicht nach dem Urteil der höchsten richterlichen Instanz aus dem jetzigen Stande herauf zu sein und daß die jetzige Ver- fassung vom 11. August 1919 strafrechtlichen Schutz gewähre. Der Paragraph 81 des Strafgesetzbuches also nicht nach dem Urteil der höchsten richterlichen Instanz aus dem jetzigen Stande herauf zu sein und daß die jetzige Ver- fassung vom 11. August 1919 strafrechtlichen Schutz gewähre.

Au den Tagen gemessen, die ihre Schicksalsstat der Kappisten heraufschickten hat, die Deutschland in seiner lang- samen aber doch unerbittlichen Aufwärtsentwicklung nicht nur be- ruht, sondern Volk und Vaterland fast in den Abgrund hürte, die zu blutigen Auseinandersetzungen führte, an diesen Tagen gemessen ist die Strafgemeinschaft für einen der Hauptmotive, wie es Herr von Jagow war, vielleicht eher zu milde als zu streng. Nicht alles, was sich an politisch wichtigen Tugenden in jenen Märgen abgepielt hat, konnte einwandfrei festgestellt werden. Denn einmal haben sich die Hauptkräfte Kapps, Kürtz, Bauer, Böck und Schwarz durch Recht dem Richter entzogen und zum andern darf man nicht vergessen, daß dieser Prozeß sich immer und immer wieder wiederholte, daß in der langen Zeit von einunddreißig Jahren, die wir auf die Aburteilung der Kappisten warten mußten, zweifellos manches Beweismate- rial und manche weitergehende Feststellungen erdichtet worden ist, die bei einer unmittelbaren Festlegung der Tatbestandlichkeiten erdichtet worden wäre. Der Prozeß selbst aber hat erwiesen, wie notwendig er war; nicht nur als unentbehrliches Material für die geschicht- liche Entwicklung dieser Jahre, nein, noch mehr für seine politische Bedeutung. Die Torheit des Unternehmens leuchtet aus jeder Zeile des Prozeßprotokolls hervor; die Größe, mit der sich jene von mandant rechtsprechenden Kreise herbeigeleiteten „Retter des Vaterlandes“ umgaben, ist durch die Akten dieses Prozesses bis auf den letzten Rest verdeutlicht.

Was das deutsche Volk von solchen Abenteurern zu erwar- ten hat, führt ihm dieser Prozeß eindringlich vor Augen. Denn es dürfte selten, wie erbärmlich diese Leute aussehen, nach denen die Agitationsreden von irgeleiteten Politikern tiefen und die,